



**Druck
auf
arbeitslose Menschen
schafft keine
Arbeitsplätze**





SOLIDARITÄT – aber nicht für Arbeitssuchende?

Univ.-Prof. Dr. Christian Spieß, Katholische Privat-Universität Linz

In den ersten Monaten der Corona-Pandemie wurde die großartige gesellschaftliche Solidarität noch allseits gelobt, nicht zuletzt mit Verweis auf die stabilen Strukturen des österreichischen Sozialstaats, zu denen ein leistungsfähiges Gesundheitssystem ebenso gehört wie beispielsweise auch die Möglichkeit der Kurzarbeit. Aber nicht nur versicherungsbasierte Leistungen halfen die Folgen der Pandemie und der Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Virusinfektion zu lindern, sondern auch Leistungen, die von allen Steuerzahlenden gemeinsam getragen wurden. So kamen Unternehmen betroffener Branchen durch die steuerfinanzierten Coronahilfen in den Genuss äußerst umfangreicher sozialer Transferleistungen. Es wurde deutlich: Nicht nur armutsgefährdete Einzelpersonen und Familien profitieren von gesellschaftlicher Solidarität und einer gemeinsam getragenen Absicherung gegen Risiken, sondern auch viele Unternehmen. Das österreichische Sozialmodell mit Sozialpartnerschaft, Sozialversicherungssystemen und Sozialorganisationen wie Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Hilfswerk etc. schien sich in der Krise bewährt und die vor einigen Jahren in Mode gekommene Polemik gegen Sozialversicherung, Sozialpartner und „Sozialindustrie“ schien sich erledigt zu haben.

Angriffe auf das Sozialmodell

Umso irritierender ist, dass nun ausgerechnet von Akteuren, die den Unternehmen nahestehen, brachiale Angriffe gegen wichtige Teile dieses Sozialmodells vorgetragen werden. Ziel der Attacken sind Menschen ohne Erwerbsarbeit, die „nach dem Lockdown, wo sie teils in Kurzarbeit zu Hause gesessen sind, generell nicht mehr arbeiten [wollen]. Ihnen ist die Lust zum Arbeiten vergangen.“ – so etwa Mario Pulker, Sprecher der Wirtschaftskammer für die Gastronomie, also eine Branche, die zuletzt durchaus die Solidarität der Steuerzahlenden wahrnehmen konnte. Weiters werden Vorschläge für eine

degressive Gestaltung des Arbeitslosengeldes, für eine Forcierung des Sanktionsregimes sowie eine zeitliche Begrenzung (oder gar Abschaffung?) der Notstandshilfe bzw. der Zuverdienstmöglichkeiten geäußert.

Merkwürdiger Ton

Es kann nicht bestritten werden, dass einige Branchen unter einem erheblichen Fachkräftemangel leiden. Es kann aber auch nicht bestritten werden, dass es Fachkräfte gibt, die intensiv eine zu ihrer Qualifikation passende Erwerbstätigkeit suchen. Beides gegeneinander auszuspielen, ist nicht zielführend. Es soll hier gar nicht um die Frage gehen, ob in bestimmten Branchen der Fachkräftemangel auch an schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen liegt. Es soll hier vielmehr um den merkwürdigen Ton gehen, in dem die Forderungen nach härteren Sanktionen und reduzierten Versicherungsleistungen vorgetragen werden. Es wird suggeriert, dass es genügend Erwerbsarbeit für alle Arbeitssuchenden gäbe, was aber bei Einbeziehung der verdeckten Arbeitslosigkeit die Zahlen des AMS keineswegs hergeben. Gegen diese Rhetorik, die Menschen auf Arbeitssuche unterstellt, dass sie schon selbst schuld seien, wenn sie keine Erwerbsarbeit fänden, wehren sich die Deutsche Bischofskonferenz schon seit 1982, die österreichischen Bischöfe seit 1990 im Sozialhirtenbrief. Mit sämtlichen vorliegenden Studien gehen sie davon aus, dass die weit überwiegende Mehrheit der Arbeitssuchenden tatsächlich eine Arbeit sucht.

Vergiftung des solidarischen Miteinanders

Auch Aussagen wie jene, dass es ja nicht sein könne, „dass die Allgemeinheit die Arbeitsunwilligkeit bezahlt“, wie es Gastronomiesprecher Pulker kernig formuliert, vergiften nicht nur das solidarische Miteinander in der Gesellschaft, sondern geht auch an der Wirklichkeit des Sozialversicherungssystems vorbei. Bei der Arbeitslosenversicherung

handelt es sich um ein auch von den Arbeitnehmenden selbst finanziertes Solidarsystem – und damit um quasi eigentumsförmige Ansprüche der Versicherten. Diese besondere Qualität der Ansprüche sollte in der Diskussion wenigstens mitbedacht werden. Wegen dieses entscheidenden Vorzugs der Sozialversicherung gegenüber einer rein steuerfinanzierten sozialen Absicherung hat sich die katholische Soziallehre seit jeher entschieden für das Sozialversicherungssystem eingesetzt.

Die scharfe Rhetorik ist auch deshalb erstaunlich, weil das Gesetz bekanntlich längst Sanktionen vorsieht, wenn Arbeitssuchende eine zumutbare angebotene Arbeitsstelle nicht annehmen. Auch der Berufsschutz fällt nach 100 Tagen, so dass Arbeitssuchende in die Breite vermittelt werden können. Dass zu den Kriterien der Zumutbarkeit Gesichtspunkte wie Kinderbetreuung gehören, sollte heute niemand mehr im Ernst kritisieren.

Schule der Solidarität?

Die Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre haben die Hoffnung keimen lassen, dass die Krise auch eine Art „Schule der Solidarität“ sein könnte, dass uns also vor Augen geführt wird, wie sinnvoll, leistungsfähig und funktional die Strukturen des österreichischen Sozialmodells sind. Dass aus Krisen, die Solidarität in besonderem Maße genießen durften, so bald nach diesen Erfahrungen so scharfe Angriffe zu Lasten ausgerechnet von Menschen ohne Arbeit laut werden, ist schlicht traurig. Es ist gut, dass die Kirche mit der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung an der Seite dieser Menschen steht.



ARBEITSLOS
Jetzt das Volk



Genau betrachtet

*Christian Winkler,
Geschäftsführer*

Armutsfestes Mindestarbeitslosengeld!

Arbeitslose Menschen noch mehr unter Druck zu setzen ist unmenschlich, habe ich an dieser Stelle schon oft geschrieben. Die Verantwortung für das gesellschaftliche Problem, dass es zu wenige Arbeitsplätze gibt, wird auf den einzelnen Betroffenen abgeschoben. Leider finden jene leichter Gehör, die Unterstellungen, dass arbeitslose Menschen nicht arbeiten wollen, verbreiten.

Oftmals ist ein oberflächlich betrachtetes Nicht-Wollen ein Nicht-Können, konkrete Unterstützung ist da nötig. Bei inakzeptablen Bedingungen an einer Arbeitsstelle muss auch jedem Menschen die Freiheit gegeben werden, zu sagen, ich kann so oder will so nicht arbeiten. Dies muss in der Arbeitslosenversicherung stärker Berücksichtigung finden.

Mit der Zuverdienstmöglichkeit durch eine geringfügige Beschäftigung halten arbeitslose Menschen den Kontakt zur Arbeitswelt mit allen positiven Aspekten wie eingebunden zu sein, gebraucht zu werden, ArbeitskollegInnen zu haben etc. Zudem besteht die Chance, dass aus einer geringfügigen Beschäftigung ein richtiges Dienstverhältnis entsteht.

Das Arbeitslosengeld (ALG) in Österreich ist jetzt schon viel zu niedrig. Das mittlere ALG beträgt monatlich € 978,-. Bei Frauen ist es noch deutlich weniger. Durch ein degressives Arbeitslosengeld oder eine Abschaffung der Zuverdienstmöglichkeit steigt die Armut bei arbeitslosen Menschen. Es wäre weit sinnvoller, ein armutsfestes Mindestarbeitslosengeld einzuführen oder auf 70% des Letztgehaltes zu erhöhen.

Arbeitslosigkeit

konkret



Arbeitslos zu sein ist kein Honiglecken...

...obwohl das von mancher Seite immer wieder behauptet wird. Ich spreche aus eigener Erfahrung. Ich bin mit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 arbeitslos geworden. Corona war nicht schuld. Ich hatte gesundheitliche Probleme, schaffte den Weg ins Büro nicht mehr. Ich bekam die Diagnose Burnout, die ja mittlerweile zum Standard geworden ist. Ich sehe das aber differenzierter. Vielleicht würde es chronisches Erschöpfungssyndrom besser treffen. Die Ursachen sind mannigfaltig, liegen sowohl im privaten wie auch beruflichen Umfeld.

Mittlerweile dauert meine Arbeitslosigkeit schon fast eineinhalb Jahre an, unterbrochen von Krankenständen und Krankenhausaufenthalten. Massiv sind die finanziellen Einbußen, die mit Arbeitslosigkeit einhergehen. Eine zu teure Wohnung, kein Anspruch auf Wohnbeihilfe, weil der Quadratmeterpreis der Mietwohnung um 30 Cent über der Bemessungsgrundlage, die seit Jahren nicht angepasst wurde, liegt. Das ist nur eine der Hürden, die einem in den Weg gelegt werden.

Aber ich habe auch von den Maßnahmen im Zuge der Corona-Krise profitiert. Es gab zweimal eine Sonderzahlung des Arbeitsmarktservice, und dann doch auch eine auf drei Monate begrenzte Covid-Wohnkostenhilfe, die die Bezahlung der Miete etwas erleichterte.

Am meisten profitiert habe ich jedoch von einem Netzwerk, das sich um mich herum bildete. Unterstützung von Freunden und Familie war hier besonders wichtig, aber auch die Unterstützung von Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz oder der Caritas. Ganz besonders dankbar bin ich auch Fit2Work. Eine Einrichtung, die mich mittlerweile beinahe ein Jahr dabei unterstützt ins Berufsleben zurückzufinden und mir auch Therapieangebote vermittelt. Natürlich darf man die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des AMS Linz nicht vergessen, die einen wirklich tollen Job machen. Auch Stellen wie die Schuldnerberatung Linz oder die Wohnplattform Linz waren und sind mir eine große Hilfe.

Ich merke schon, dass mir mein Umfeld Verständnis für meine Situation entgegenbringt. Es war natürlich vor allem in Zeiten der Lockdowns fast unmöglich geeignete Stellenangebote zu finden. Ja, und meine gesundheitlichen Probleme haben die Situation auch nicht gerade erleichtert. In diversen Medien und Foren gibt es immer wieder Vorwürfe gegenüber (langzeit)arbeitslosen Menschen, dass sie mit allen Tricks versuchen Arbeit zu vermeiden. Es wird einige wenige geben, die sich so verhalten, aber sicher auch nicht mehr als Unternehmer, die mit allen Tricks versuchen, die Arbeitnehmer auszubeuten. Mittlerweile bin ich in eine schöne Wohnung einer Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mit leistbarer Miete und auch mit Anspruch auf Wohnbeihilfe umgezogen. Gesundheitlich bin ich noch nicht ganz dort, wo ich hin möchte, aber es geht voran.

Leopold Spoliti, 59

ARBEITSLOSENGELD RAUF!

begehren unterstützen!

www.arbeitslosengeld-rauf.at

**Setzen Sie bitte ein Zeichen Ihrer
Solidarität mit arbeitslosen Menschen!
Wir bitten um Ihre Spende
an die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung
mit beiliegendem Zahlschein oder direkt
IBAN AT09 1860 0000 1065 3210**

7. Oktober: Menschenwürdige Arbeit im Mittelpunkt

Gerade bei prekärer Arbeit – schlecht bezahlt, unregelmäßig, unsicher, insgesamt misslich – schaut oft ja auch die Arbeitslosigkeit gleich ums Eck. Menschenwürdige Arbeit meint das Gegenteil davon: eine anständige Arbeit, die den Menschen und ihren Bedürfnissen gerecht wird.

Seit Jahren schon nehmen wir von mensch & arbeit den 7. Oktober – Welttag für menschenwürdige Arbeit zum Anlass, um Berufsgruppen in den Blick zu nehmen, die es gerade besonders schwer haben.

Heuer richten wir den Fokus auf die CARE-Arbeit. Rund um den 7. Oktober besuchen wir daher Menschen an ihren Arbeitsplätzen in Altenheimen, Kindergärten oder Horten und drücken ihnen unsere Wertschätzung aus. Seit Ausbruch von Covid-19 arbeiten sie ja unter noch schwierigeren Bedingungen als zuvor. Arbeitsverdich-

tung, hohe Verantwortung bei wenig Mitsprache, niedrige Löhne und Personalschlüssel bringen viele Care-Beschäftigte, meist Frauen, an den Rand ihrer Kräfte. Oft auch darüber hinaus in Krankheit und Berufsausstieg. Das ist umso bitterer, da viele ihren Beruf aus tiefer Überzeugung und im Bewusstsein der gesellschaftlichen Notwendigkeit gewählt haben.

Österreichweit hat sich 2021 die Initiative „MEHR FÜR CARE!“ gebildet, um laut und deutlich für eine bessere finanzielle Ausstattung von Care-Arbeit einzutreten. Diesen Forderungen schließen wir uns an, denn muss dauerhaft unter prekären Bedingungen gearbeitet werden, ist die Drop-out-Rate hoch, werden Menschen verheizt und die Gefahr von Lebensbrüchen inklusive Arbeitslosigkeit ist hoch.

Es ist daher notwendig, zusammen HALT zu sagen zu misslichen Verhält-

nissen in der Arbeitswelt! Das zeigen wir auch 2021 wieder mit unseren Karten, Aktionen und thematischen Gottesdiensten rund um den 7. Oktober!

Informationen unter:

www.mensch-arbeit.at / Themen / Gute Arbeit

www.mehr-fuer-care.at



Das Ehepaar Rohrhofer bei der Feier zum 60-jährigen Ehejubiläum.

Liebe Edith, lieber Kurt!

Wir gratulieren euch zur Diamantenen Hochzeit, bedanken uns recht herzlich für die jahrzehntelange Unterstützung und Mitarbeit in der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung und wünschen euch alles Gute und viel Freude für die nächsten Jahre.



Sozial-Stammtisch

Di, 5.10.2021, 19 Uhr, Cardijnhaus, Kapuzinerstraße 49

**Arbeitslosengeld rauf!
Hilfe oder Hemmung für einen menschenwürdigen Arbeitsmarkt?**

Emmerich Tálos, em. Universitätsprofessor

Armutnetzwerk

Do, 14.10.2021, 18 Uhr, Webtalk via Zoom

Wer bezahlt für die Krise?

Marlene Engelhorn, Karin Heitzmann, Matthias Schnetzer, Iris Woltran

Informationen unter

www.sozialplattform/termine.at

4x KirchenZeitung gratis lesen!

QR Code: www.kirchenzeitung.at/gratisabo

0732 / 7610 - 3969
abo@kirchenzeitung.at

Kirchen Zeitung
Diözese Linz

**DIE SELBSTSTÄNDIGE BANK
FÜR OBERÖSTERREICH.**

+43 732 76 37-0
www.vkb-bank.at

VKB | BANK

Medieninhaberin und Herausgeberin: Bischöfliche Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz, Domgasse 3, 4020 Linz, 0732 / 78 13 70, arbeitslosenstiftung@diocese-linz.at, www.arbeitslosenstiftung.at. Sie können die Zusendung unserer Zeitung INFO jederzeit bei oben angeführten Kontaktdaten widerrufen. Redaktion: Barbara Mitterndorfer-Ehrenfellner, Kurt Rohrhofer, Christian Winkler. Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion und der Herausgeberin. Fotoquelle: Bischöfliche Arbeitslosenstiftung (falls nicht anders angegeben). Blattlinie: Informationsorgan der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung. Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., Niedermdorf 15, 4274 Schönau